



Die bulgarische Ratspräsidentschaft

Mit Bulgarien übernimmt eines der jüngsten Mitglieder die EU-Ratspräsidentschaft. Bulgarien ist seit 2007 Teil der EU und zugleich das ärmste Land der Union. 6600 Euro beträgt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (EU-Durchschnitt: 29000 Euro). Seit Mai 2017 regiert der Konservative Bojko Borissow das Land in einer Koalition mit den rechtsextremen „Vereinigten Patrioten“. Bulgarien startet durchaus ambitioniert in die Ratspräsidentschaft: Am 11.01.2018 hat das Land seine offizielle Bewerbung für den Beitritt zur Eurozone noch während seiner EU-Ratspräsidentschaft angekündigt.

Unterdessen sieht die EU dem Jahr 2018 mit großen Hoffnungen entgegen: Es soll ein Jahr der Reformen werden. Die Europäische Währungsunion soll weiterentwickelt werden. Zudem soll das europäische Asylrecht effizienter und solidarischer werden. Bereits beim EU-Gipfel im Juni sollen zu beiden Themen erste wichtige Entscheidungen fallen, obwohl die bisher offengelegten Positionen sehr umstritten sind. Zugleich will Bulgarien die Annäherung der EU zu den Westbalkanstaaten beschleunigen, gleichfalls eine Prioritätensetzung, die nicht bei allen Mitgliedstaaten der EU auf Gegenliebe stößt.

Finanzen

Der bulgarische Vorsitz unterstreicht die besondere Bedeutung der Verwirklichung des EU-Haushalts im Kontext mit der Schaffung eines europäischen Mehrwertes. Es müsse am Ende zu greifbaren Resultaten für alle Regionen führen. Eine der Hauptprioritäten ist daher die schnelle und effektive Aufnahme der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Ende Mai anstehenden Veröffentlichung des Vorschlags für einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) MFRpost2020. Der Stellenwert der Kohäsion und der gemeinsamen Agrarpolitik müsse aufrechterhalten werden. Beim MFR soll vor allem die künftige Nutzung von Finanzinstrumenten ins Spiel gebracht werden. Das volle Potential müsse ausgenutzt werden, Instrumente sollten sich ergänzen anstatt miteinander zu konkurrieren. Der Vorsitz wird – jeweils in Sofia – am 09.03.2018 eine hochrangige Konferenz zum MFR, am

03.06.2018 zur Agrarpolitik und am 08.03.2018 zur Zukunft der Kohäsionspolitik durchführen.

Die Schaffung einer Finanzunion im Rahmen der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion der EU bezeichnet der bulgarische Vorsitz als eine der zentralen Prioritäten. Bulgarien will sich für die Initiativen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) unter Einbeziehung der Strategiepapiere der Institutionen einsetzen. Die Präsidentschaft betont mehrfach die Bedeutung von Fortschritten bei den Arbeiten zur Schaffung einer gemeinsamen Einlagenversicherung. Dabei fällt auf, dass in gleichem Atemzug die Forderung nach einem angemessenen Gleichgewicht um einen Kompromiss im Zusammenhang mit Arbeiten an der Risikoverringeringung genannt wird.

Der Vorsitz möchte die Arbeiten zur Schaffung einer Kapitalmarktunion ebenso fortsetzen wie die Beratungen über die Gesetzgebungsvorschläge zur Clearingpflicht und zu den Meldepflichten für Derivatekontrakte, zur Schaffung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien (CCP) und die Überwachung der Aufsichtstätigkeit sowie zu den Anforderungen gegenüber Drittstaat-CCPs.

Der bulgarische Vorsitz betont des Weiteren die Bedeutung einer reibungslosen Durchführung der wirtschaftspolitischen Koordinierung für 2018 (Europäisches Semester). Der Rat wird Schlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht und zum Warnmechanismusbericht sowie die Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet verabschieden. Der Prozess endet jährlich im Juni, wenn der Rat und der Europäische Rat das Paket der länderspezifischen Empfehlungen für den Zeitraum 2018-2019 gebilligt haben.

Bulgarien möchte im Bereich der direkten Besteuerung eine Allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Bezug auf den automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung



über meldepflichtige grenzüberschreitende Modelle erreichen. Auch sollen Fortschritte zu den Erörterungen über die Richtlinie über eine Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage erzielt werden. Der Vorsitz wird bei dem für März zu erwartenden Vorschlag zur Besteuerung der Digitalen Wirtschaft wesentliche Fortschritte auf fachlicher Ebene bereits unter seiner Präsidentschaft erzielen wollen.

Im Bereich der indirekten Steuern wird sich der bulgarische Vorsitz um Fortschritte hinsichtlich der ersten Phase der Einführung des endgültigen Mehrwertsteuersystems sowie zu dem Vorschlag für die Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit zwecks Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs bemühen. Zu den Arbeiten an der Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit äußert sich der Vorsitz nicht.

Kohäsions-/Strukturpolitik

An vorderster Stelle im Präsidentschaftsprogramm erklärt Bulgarien, dass der neue Vorsitz sich um die besten Lösungen nicht nur für die Zukunft der Kohäsionspolitik, sondern auch für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft insgesamt bemühen werde. Der bulgarische Ratsvorsitz will eine offene Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik führen und sich bemühen, diesem Politikbereich die grundlegende Bedeutung für langfristige Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und die territoriale Entwicklung zu erhalten. Die neue Präsidentschaft will der Notwendigkeit einer Vereinfachung der Rechtsetzung und Verfahren Rechnung tragen. Außerdem will sich Bulgarien um eine Optimierung des Modells der geteilten Mittelverwaltung und um die effektive Umsetzung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bemühen.

Der bulgarische Ratsvorsitz bekräftigt die Ergebnisorientierung und den europäischen Mehrwert als Kernkomponenten der Kohäsionspolitik. Im Rat will die neue Präsidentschaft versuchen, einen Konsens der Mitgliedstaaten im Bereich Vereinfachung und Kontrollen sowie über die Rolle der Finanzinstrumente in der künftigen Kohäsionspolitik zu erzielen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur

Verbesserung der Kommunikation und der Sichtbarkeit der Förderpolitik der EU will der neue Vorsitz ebenfalls im Rat auf die Agenda setzen. Für den 08.06.2018 hat Bulgarien eine hochrangige Konferenz über die Zukunft der Kohäsionspolitik angekündigt.

Industrie- und Binnenmarktpolitik

Bulgarien hat die Industriepolitik als einen ihrer Schwerpunkte in ihrem Präsidentschaftsprogramm aufgeführt. Der neue Vorsitz äußert die Auffassung, dass sich die Bedingungen und Entwicklungspotenziale der Unternehmen verbessern ließen, indem in einem strategischen Rahmen politische Maßnahmen und Finanzierungsinstrumente zusammengeführt werden. Daher will Bulgarien eine Strategie für eine gemeinsame Industriepolitik mit mittel- und langfristigen Zielen entwickeln mit der Absicht, auf der Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit im März Schlussfolgerungen zu verabschieden.

Der neue Ratsvorsitz will sich bemühen, die Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die rechtlichen und regulatorischen Hindernisse für den grenzüberschreitenden Handel zu beseitigen. Bulgarien will sich außerdem für die Verringerung ungerechtfertigter und unverhältnismäßiger Anforderungen auf dem Gebiet der Dienstleistungen einsetzen. Die Präsidentschaft will im Rat die Rechtsetzung im Rahmen des Dienstleistungspakets voranbringen und die Beratungen über das Binnenmarktpaket für Waren sowie über die erwarteten Vorschläge auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts aufnehmen.

Die Ratspräsidentschaft will sich außerdem dafür einsetzen, den Wettbewerbsbehörden in den Mitgliedstaaten mehr Kompetenzen einzuräumen, um die Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und das Funktionieren des Binnenmarktes wirksamer zu gewährleisten. Wie die Ratspräsidentschaften zuvor, will auch Bulgarien Unternehmertum sowie kleine und mittlere Unternehmen durch Verbesserungen im Geschäftsumfeld und bei der Erschließung von Finanzierungsquellen fördern.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Außenhandelspolitik

Der bulgarische Ratsvorsitz will sich für eine Konsolidierung des multilateralen Handelssystems und die Stärkung des Vertrauens in die Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Er will die Reform des Systems der Investor-Staat-Streitbeilegung und die Verhandlungen über einen multilateralen Investitionsgerichtshof durch die Kommission unterstützen. Nach Auffassung des neuen Vorsitzes ist der Abschluss ehrgeiziger und ausgewogener Abkommen mit Drittstaaten und anderen Wirtschaftsregionen ein Mittel, den hohen Lebensstandard in der EU zu wahren.

Um gleiche Bedingungen für alle Marktbeteiligten zu gewährleisten, will sich Bulgarien bemühen, unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen zu beseitigen. Zu den Schlüsseldossiers auf der Agenda des Handelsrates stehen unter bulgarischer Präsidentschaft u.a. die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU sowie der Zugang der EU zu öffentlichen Beschaffungsmärkten in Drittländern.

Energie

Im Bereich der Energiepolitik stehen einerseits die weiteren Verhandlungen zum Winterpaket, andererseits der horizontale Schwerpunkt in Form des westlichen Balkans im Zentrum der geplanten Aktivitäten der bulgarischen Ratspräsidentschaft. Der westliche Balkan ist dabei eine der horizontalen Prioritäten auch in Verbindung mit Interkonnektivität im Energiebereich („Europäische Perspektive und Konnektivität des westlichen Balkans“). Mit Fokus auf den Energiebereich und die Triopräsidentschaft liegt der Schwerpunkt auf der Etablierung der europäischen Energieunion.

Hinsichtlich des Winterpakets vom November 2016 („CEP: Clean Energy Package“) strebt die Präsidentschaft Kohärenz zum Europäischen Parlament an und übernimmt insofern die Zweiteilung in zwei Sub-Pakete. Das erste Paket besteht aus der Effizienz-Richtlinie (RL), der Erneuerbaren-RL sowie der Governance-Verordnung (VO). Das zweite Teilpaket konzentriert sich auf den Bereich des Strommarkt-designs und besteht aus der Strom-VO, Strom-RL, ACER (Agentur zur Koordinierung der europäischen

Energieregulierer) und der Risikoversorge-VO. Mit Blick auf den ersten Block plant die Präsidentschaft den zeitnahen Beginn der Trilogie mit dem Europäischen Parlament und wenn möglich den Abschluss der Verhandlungen.

Hinsichtlich des zweiten Blocks strebt die Präsidentschaft zunächst die Erreichung einer allgemeinen Ausrichtung zu ACER an. Der Zeitplan zu den anderen Dossiers ist zudem abhängig vom Verhandlungsfortschritt im Europäischen Parlament. Die Präsidentschaft plant den Beginn der Trilogie und die Maximierung des Verhandlungsfortschritts.

Weiterhin verweist die Präsidentschaft auf die Verhandlungen zur Gas-RL. Die Präsidentschaft will diesbezüglich die Positionen der Mitgliedstaaten konsolidieren und ggf. einen Fortschrittsbericht oder eine allgemeine Ausrichtung im Verlauf der kommenden sechs Monate annehmen. Hinsichtlich der vorgesehen Termine plant die Präsidentschaft einen informellen Energierat für den 19.04. sowie den formellen Energierat am 11.06.2018.

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Insgesamt beabsichtigt die bulgarische Präsidentschaft, in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz einige bereits laufende oder jetzt anstehende legislative und nicht-legislative Aktivitäten fortzusetzen bzw. zu beginnen. Es sind dabei nur wenige eigene Akzente erkennbar, und einige der Vorhaben der Kommission, die bereits auf dem Tisch liegen oder angekündigt sind, werden – vor allem im Umweltbereich – nicht erwähnt.

Im Bereich Landwirtschaft fällt auf, dass sich das Präsidentschaftsprogramm nicht auf die Darstellung der Agenda beschränkt, sondern die eigene Position zur Gemeinsamen Agrarpolitik sehr deutlich einbringt: Die Struktur der GAP und ihre Instrumente, die sich bewährt hätten, sollen beibehalten werden; als Ziel wird vor allem die Stabilisierung der Einkommen formuliert.

„Größte Bedeutung“ wird auch dem Thema Unlautere Handelspraktiken beigemessen (ein



Gesetzgebungsvorschlag wird im April erwartet).

Im Bereich des Umweltschutzes wird besonders der Abschluss der Arbeiten zum Abfall-Gesetzgebungspaket betont, zu dem bereits am 18. Dezember 2017 eine politische Einigung erfolgt ist. Für die Tagung des Rates (Umwelt) im März ist eine erste politische Aussprache zum kleinen Kreislaufwirtschaftspaket – insbesondere der erwarteten Kunststoffstrategie – geplant, das für den 16. Januar von der Kommission angekündigt worden ist. Auf der zweiten Tagung des Rates (Umwelt) im Juni 2018 soll eine politische Aussprache zu den im November 2017 von der Kommission festgelegten Vorschlägen für neue CO₂-Emissionsstandards für PKW und kleine Nutzfahrzeuge erfolgen.

Einen besonderen eigenen Akzent will die bulgarische Präsidentschaft im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes auf dem Thema „Gesunde Ernährung für Kinder“ legen, das sogar als eines der Hauptprioritäten des eigenen Vorsitzes bezeichnet wird. Konkret will die Präsidentschaft darauf hinarbeiten, dass der Rat Schlussfolgerungen zu diesem Thema annimmt. Die Rolle von Wissenschaft und Innovation für die Zukunft von Nahrungsmitteln, gesunde Ernährung und die Nutzung von Lebensmittelressourcen soll Gegenstand einer Konferenz unter dem Motto „Food 2030“ sein, die im Juni im bulgarischen Plovdiv ausgerichtet werden soll. Auffällig ist hingegen, dass die Beratungen über das von der Kommission für das Frühjahr angekündigten „New Deals for Consumers“ im Präsidentschaftsprogramm keine Erwähnung finden.

Andere wichtige Themen, zu denen der Vorsitz eigene Veranstaltungen durchführen will, sind laut Präsidentschaftsprogramm:

- die Rolle wildlebender Tiere bei Tierseuchen – dieses Thema ist etwa vor dem aktuellen Hintergrund der Bedrohung durch die Afrikanische Schweinepest auch aus NRW-Sicht von großer Bedeutung;
- Tierschutz, insbesondere beim Transport, sowie
- Innovation (für Umwelt und Landwirtschaft).

Verkehr

Eine Priorität des bulgarischen Vorsitzes liegt in der europäischen Perspektive und Konnektivität des westlichen Balkans. Im Verkehrsbereich soll daher die Zusammenarbeit der EU mit dem westlichen Balkan vertieft werden, um die Verkehrsinfrastruktur als treibende Kraft für Wachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen weiterzuentwickeln.

Als Schwerpunkt der Gesetzgebungsarbeit im Bereich des Straßen- und Schienenverkehrs sollen die Verhandlungen zu den vorliegenden Vorschlägen des Mobilitätspaketes vorangebracht werden, um zu möglichst positiven Ergebnissen zu gelangen. Zu den Vorschlägen, die die Markt- und Sozialsäule des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs betreffen, soll eine allgemeine Ausrichtung des Rates erreicht werden.

Im Bereich des Luftverkehrs misst der bulgarische Vorsitz den Verhandlungen über den Vorschlag für eine Verordnung zur Gewährleistung des Wettbewerbs im Luftverkehr große Bedeutung bei und strebt auch hierzu eine allgemeine Ausrichtung an.

Zudem sollen Fortschritte hinsichtlich des Vorschlags zum kombinierten Verkehr sowie des Vorschlags zur Richtlinie über die Förderung von sauberen Fahrzeugen erzielt werden. Zwar soll kein informeller Verkehrsrat unter bulgarischer Präsidentschaft stattfinden, jedoch wird ein Ministertreffen auf hoher Ebene zum Thema „Multimodaler Verkehr in Europa“ am 19./20. März 2018 in Bulgarien stattfinden.

Innenpolitik

Für den Bereich der Innen- und Migrationspolitik spielt insbesondere die Priorität „Sicherheit und Stabilität in einem starken und geeinten Europa“ eine herausragende Rolle. Die bulgarische Ratspräsidentschaft weist darauf hin, dass die Sicherheitslage durch komplexe, asymmetrische und hybride Risiken sowie Bedrohungen gekennzeichnet sei. Besonders interessant ist die Hervorhebung im Programm, dass Bulgarien Maßnahmen zur Verstärkung der ethnischen und religiösen Toleranz und zur Bekämpfung antisemitischer

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Handlungen stärken will, mit dem Schwerpunkt auf Rede- und Meinungsfreiheit, auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie auf der Bekämpfung von Antisemitismus.

Im Rahmen dieses vorgeschalteten Prioritätenkapitels werden als Fokus die Verbesserung der Resilienz und die Erhaltung hoher Standards im Bereich der Cybersicherheit in der EU genannt.

Der bulgarische Vorsitz beabsichtigt, hinsichtlich der Migrationssteuerung einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Dies soll durch eine enge Kooperation und einen pragmatischen Dialog mit Herkunfts- und Transitdrittländern sichergestellt werden, im Zentrum soll eine effektive Rückkehrpolitik stehen. Besonders wichtig sei der fortschreitende Abschluss der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, indem die Beratungen über die in der Phase des Trilogs mit dem Parlament befindlichen Gesetzgebungsdossiers zum Abschluss gebracht werden, und im Rat eine Einigung über die verbleibenden Dossiers herbeigeführt werden kann, damit Trilogverhandlungen mit dem Parlament aufgenommen werden können.

Ein weiteres Ziel ist die Modernisierung der Visumpolitik der EU durch eine Einigung im Rat über den Vorschlag zur Änderung des Visakodexes. Hinsichtlich der Arbeit an der Richtlinie über die Blaue Karte sollen Fortschritte erzielt werden, um eine Verbesserung der Möglichkeiten der legalen Einwanderung zu erreichen.

Im Rat für Auswärtige Angelegenheiten wird für die bulgarische Ratspräsidentschaft die Arbeit in Bezug auf die externen Aspekte der Migration im Mittelpunkt stehen, insbesondere die Partnerschaftsrahmen. So sollen sowohl die zentrale als auch die östliche Mittelmeerroute weiter überwacht werden. Die voll-ständige Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung wird weiter unterstützt. Besondere Aufmerksamkeit möchte der Vorsitz dem Ausbau der Zusammenarbeit mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern in Asien widmen. Die Umsetzung des Gemeinsamen Aktionsplans von Valletta soll geprüft werden.

Im Bereich der inneren Sicherheit verweist der bulgarische Vorsitz auf die Wichtigkeit der überarbeiteten EU-Strategie und ihrer drei

Hauptsäulen: Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und der Cyberkriminalität. So findet sich auch hier der Hinweis, dass während des bulgarischen Vorsitzes der neue EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität 2018 bis 2021 beginnen wird.

Als sehr wichtiges Vorhaben wird in dem Programm die Sicherstellung der Interoperabilität von Informationssystemen und Datenbanken bezeichnet. Deswegen will sich der Vorsitz im Rat für eine Einigung über die neue Interoperabilitäts-Verordnung einsetzen. Als Grundvoraussetzung dafür sollen die Verhandlungen mit dem Parlament über das Legislativpaket für die Reform des Schengener Informationssystems zum Abschluss gebracht werden. Auch soll eine politische Einigung mit dem Parlament über die Verlängerung des Mandats der Europäischen Agentur für das Management von IT-Großsystemen (eu-LISA) erreicht werden. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung beabsichtigt der Vorsitz, auf die Mitgliedstaaten mehr Druck auszuüben, um die effiziente Umsetzung der Richtlinie über Fluggastdatensätze (PNR-Richtlinie) sicherzustellen. Weiter werden die Prävention von Radikalisierung und die Bewältigung des Phänomens der ausländischen Kämpfer als Ziele genannt.

Der bulgarische Vorsitz kündigt an, die Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 19. Juni 2017 zur Terrorismusbekämpfung weiter zu unterstützen. So solle die EU versuchen, in Bezug auf terroristische Bedrohungen stärker proaktiv und weniger reaktiv zu agieren. Jugendinitiativen sollte dabei mehr Aufmerksamkeit erfahren. Es sei unabdingbar, dass die EU sich auf die Terrorismusbekämpfung in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, einschließlich der Region des Westbalkans und der Türkei, konzentriere. An den Außengrenzen seien wirksame Kontrollen von höchster Wichtigkeit. Die Verhandlungen mit dem Parlament über die Verordnung zur Einrichtung eines EU-weiten Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) sollen abgeschlossen werden. Die Wiederherstellung eines normal funktionierenden Schengen-Raums gehöre zu den Prioritäten des bulgarischen Vorsitzes, deswegen wolle man



dafür sorgen, dass eine Einigung im Rat über die Änderungen am Schengener Grenzkodex erzielt und dass der Schengen-Rechtsrahmen dadurch an die neuen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit angepasst wird. In dem Programmpapier wird betont, dass die Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans bei der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität, der Terrorismusbekämpfung und den Grenzkontrollen verbessert werden sollte.

Justiz

In dem Programm wird betont, dass die Institutionalisierung der EUSTA und die Aufnahme ihres Betriebs, sowie der Aufbau von Beziehungen mit Partnerinstitutionen und -diensten, einschließlich Eurojust, Europol, OLAF, Drittstaaten und internationaler Organisationen, als vorrangig betrachtet werde.

Weiter sollen die Trilogie zu den Entwürfen für Gesetzgebungsakte in folgenden Bereichen erfolgreich beendet werden: Strafjustiz, Geldwäschebekämpfung, gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen, Austausch von Strafregisterinformationen über Drittstaatsangehörige und Eurojust-Verordnung. Hinsichtlich der Richtlinie zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln soll eine allgemeine Ausrichtung im Rat erzielt werden. Zum Thema E-Justiz soll eine strukturierte Aussprache über den anstehenden Vorschlag der Kommission für den grenzüberschreitenden Zugriff auf elektronische Beweismittel eingeleitet werden. Die Entwicklung und Erhaltung der e-CODEX-Plattform ist ebenfalls eine Priorität.

Bezüglich des überarbeiteten Texts der Verordnung über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen im Bereich der elterlichen Verantwortung und der internationalen Kindesentführung („Brüssel IIa“) sollen die bisher noch abweichenden Standpunkte der Mitgliedstaaten geklärt werden.

Auch wird angekündigt, dass die Trilogie zu den vertragsrechtlichen Aspekten der Bereitstellung digitaler Inhalte mit der

Europäischen Kommission und dem Parlament aktiv vorangebracht werden. Der Vorsitz beabsichtigt, dass der Prozess des Beitritts der EU zum Übereinkommen von Istanbul abgeschlossen wird.

Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der bulgarische Vorsitz sieht die „Zukunft der Arbeit“ in der Ermittlung der richtigen Kompetenzen, besseren Verzahnung der Strategien in allgemeiner und beruflicher Bildung und Beschäftigung. Der Schwerpunkt soll auf der Beschäftigung junger Menschen und den erforderlichen Kompetenzen und Fähigkeiten für das 21. Jahrhundert liegen.

Es wird eine hochrangige internationale Konferenz zum Thema „Zukunft der Arbeit“ ausgerichtet, auf deren Grundlage Schlussfolgerungen des Rates vorgelegt werden, mit denen die Ergebnisse der Debatte über die demografischen Herausforderungen und die Zukunft der Arbeit, die Entwicklung praktischen Wissens und praktischer Fertigkeiten von klein auf, die richtigen Kompetenzen für neue Arbeitsplätze sowie neue Organisationsformen für Arbeit und Arbeitsplatzsicherheit ausformuliert werden.

Der bulgarische Vorsitz wird sich für Folgendes einsetzen:

- Förderung des Konzepts der frühkindlichen Entwicklung und Investitionen in frühkindliche Erziehung und Betreuung;
- bessere Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Sozialwirtschaft mit Schwerpunkt auf sozialer Innovation;
- Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung mit Schwerpunkt auf Gleichstellung der Geschlechter und der Rolle der „Frauen in der digitalen Welt“; positive Ergebnisse in Bezug auf die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige;
- Förderung der umfassenden sozialen Inklusion für Menschen mit Behinderungen;
- Aktive Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung;
- Erleichterung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Erbringung von Dienstleistungen in der EU durch die Überarbeitung der Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und Verbesserung der



- bestehenden Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen;
- Anerkennung der Rolle der legalen Migration für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und Regelung der Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von hochqualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten (Richtlinie über die Blaue Karte);
 - Schutz der Gesundheit und Verbesserung der Gesundheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger durch Schaffung eines Zugangs zu wirksamen Arzneimitteln zu erschwinglichen Preisen und Förderung einer gesunden Ernährung für Kinder; Förderung von körperlicher Betätigung; Sicherstellung einer besseren Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
 - Anregung der Debatte über die Zukunft des europäischen Sozialfonds und die Programme zur Förderung eines sozialen Europas. Die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte sollen umgesetzt werden.

Darüber hinaus soll die „lebhafteste Aussprache“ über das Thema Arzneimittel gefördert werden, um Lösungen für Probleme zu finden, die mit der Verknappung von Arzneimitteln aus wirtschaftlichen Gründen, Parallelausfuhren und der Notwendigkeit, nachweislich wirksame und erschwingliche Arzneimittel anzubieten, verknüpft sind.

Telekommunikation und Medien

Im Rahmen des Telekommunikations-Rates (TK-Rat) vom 04.12.2017 hat die kommende bulgarische Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm für die kommenden sechs Monate für den Bereich Telekommunikation vorgelegt. Mit Blick auf die Digitalisierung steht dabei insgesamt die Fortsetzung der Umsetzung der einzelnen Legislativvorhaben und Elemente der Strategie zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes im Zentrum.

Telekommunikation / Konnektivität

Spezifisch hinsichtlich der Dossiers im Bereich Telekommunikation strebt die bulgarische Präsidentschaft einen Abschluss der Verhandlungen zum europäischen Kodex für elektronische Kommunikation an. Dies sei ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer

europäischen Gigabit-Gesellschaft. Ebenso strebt die kommende Präsidentschaft im Rahmen der Trilogie eine Einigung mit dem europäischen Parlament zur BEREK-Verordnung (VO) an. Diese bezieht sich auf das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation.

Datenwirtschaft und Sicherheit

Im Rahmen der Datenwirtschaft liegt der Fokus auf dem Dossier zum freien Verkehr nicht personenbezogener Daten („Free flow of non-personal data“). Hinsichtlich des Dossiers zu „ePrivacy“ strebt die Präsidentschaft eine Einigung im Rat in Form einer allgemeinen Ausrichtung an. Zudem sollen, wenn möglich, bereits die informellen Verhandlungen mit dem EP begonnen und somit der Trilogie eröffnet werden.

Zudem wollen die Bulgaren die Verhandlungen zum „Cybersecurity“-Packet vom September 2017 vorantreiben. Diesbezüglich wird ebenfalls eine allgemeine Ausrichtung zum sogenannten „Cybersecurity-Act“ innerhalb der kommenden sechs Monate angestrebt. Weiterhin will die Präsidentschaft einen Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans für Cybersicherheit vorlegen.

Die kommende Präsidentschaft plant zudem, die Diskussionen zum erwarteten REFIT (*Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung*) der Verordnung zu Domain-Namen („eu“) zu beginnen. Gleiches gilt für die Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie).

Der kommende Telekommunikations-Rat ist dabei für Juni 2018 vorgesehen. Ein weiteres Thema wird dabei ein europäischer Ansatz im Bereich der künstlichen Intelligenz sein. Weitere geplante Schwerpunktthemen sind „Fake news“ bzw. Falschinformationen im Netz sowie illegale Online-Inhalte.

Medienpolitik

Im Bereich der Medienpolitik beschränkt sich das Programm auf die Ankündigung, dass eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie zu den audiovisuellen

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Mediendiensten so weit wie möglich vorzubringen sei.

Erweiterung

Die Erweiterungspolitik der EU stellt für die bulgarische Ratspräsidentschaft eine Hauptpriorität dar. Der Fokus liegt dabei auf den Staaten des westlichen Balkans. Es müsse laut Präsidentschaftsprogramm eine greifbare europäische Perspektive geschaffen werden. Die von Kommissionspräsident Juncker für Februar angekündigte „Strategie der Kommission für eine erfolgreiche EU-Aufnahme von Serbien und Montenegro als Vorläuferkandidaten im westlichen Balkan“ sowie das für Mai geplante informelle Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zum westlichen Balkan werden in diesem Zusammenhang als besonders wichtige Ereignisse hervorgehoben. Zum

Erweiterungspaket der EU-Kommission samt den Berichten über die Fortschritte der Staaten des westlichen Balkans und der Türkei, das für April angekündigt ist, plant die bulgarische Ratspräsidentschaft die Ausarbeitung entsprechender Ratschlussfolgerungen.

Generell misst die bulgarische Ratspräsidentschaft der Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit und der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen große Bedeutung bei. Unter dem Titel Konnektivität des westlichen Balkans sollen im Bereich Verkehr, Kommunikation, Energie, Bildung und Digitales bessere Verbindungen zum EU-Binnenmarkt vorangebracht werden. Konkret geht es um die Übernahme der Roaming-Vorschriften der EU und die Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zum Breitband-Internet in dieser Region.